



SPD

Fraktion der
Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands im
Rat der Stadt
Braunschweig

Anfrage

Öffentlich

Datum

26.11.2010

Nummer

1370/10

Absender

SPD - Fraktion
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Adressat

Oberbürgermeister Dr. Hoffmann
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Gremium

Rat

Sitzungstermin

14.12.2010

Betreff

Verpflichtende Früherkennungsuntersuchungen

Am 1. April 2010 ist das Gesetz zur Förderung der Gesundheit und Verbesserung des Schutzes von Kindern in Niedersachsen in Kraft getreten. Vorgesehen ist eine unmittelbare Reaktion seitens des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie, falls Vorsorgeuntersuchungen nicht in Anspruch genommen werden.

Dies vorausgeschickt bittet die SPD-Ratsfraktion um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welches Konzept zur Umsetzung des Gesetzes wird in Braunschweig verfolgt?
2. Welchen personellen und finanziellen Mehraufwand hat die gesetzliche Forderung im Fachbereich verursacht? (Fallzahlen; Mitarbeiteraufwand)
3. Inwiefern konnten tatsächlich Hinweise auf Kindeswohlgefährdungen erbracht werden und sind dadurch die Fallzahlen im Bereich Kinderschutzmaßnahmen gestiegen?

gez.

Manfred Pesditschek
Fraktionsvorsitzender